

"Berliner Stunde" mit der Grünen

Metzingen. **Beate Müller-Gemmeke, Mitglied im Deutschen Bundestag kam auf Einladung des Metzinger Ortsverbands der Grünen am Mittwoch nach Metzingen.**

Angesagt war eine aktuelle "Berliner Stunde" in die Gaststätte "Rose". Top aktuell berichtete sie über die derzeitige Debatte um die Einführung eines Mindestlohnes in der Bundesrepublik. "Wachsweich" erscheint Müller-Gemmeke hierzu der Beschluss der CDU auf ihrem Bundesparteitag. Glasklar trug sie die Positionierung der grünen Bundestagsfraktion vor: "Wir wollen einen gesetzlichen, flächendeckenden für alle Branchen geltenden Mindestlohn, festgelegt von einer Bundes-Kommission, bestehend aus Vertretern der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber und Abgesandten aus dem Bereich der Wirtschaftswissenschaften."

Beate Müller-Gemmeke führte aus, dass vieles für diese klare Regelung spreche. Man geht davon aus, dass etliche der 1,4 Millionen Aufstocker an Hartz IV Leistungen entfallen werden, weil sie eben über ihre Arbeit selber ihr Leben ohne Hilfe des Staates bestreiten werden können. "Mindestens 7,50 Euro auf die Stunde", so die Forderung der Grünen. Erfahrungen in anderen europäischen Ländern, die überwiegend schon Lohnuntergrenzen haben, zeigen, dass hierdurch Arbeitsplätze nicht weniger werden, und dass auch der Frisör weiterhin bezahlbar bleibt. Damit schlug die Wahlkreis-Abgeordnete den Bogen zur Eurokrise. Alle Rettungsaktionen für den Euro wurden von der Bundestagsfraktion bis jetzt mitgetragen. Beate Müller-Gemmeke bekannt für Klartext: "Wir müssen den Euro retten, Deutschland profitiert mit seinem hohen inner-europäischen Export wie kein anderes Land vom Euro." Zudem sei die derzeitige Krise vor allem ein Finanzmarktproblem. Schließlich sei die Verschuldung von Italien noch vor einem Jahr nicht wesentlich anders gewesen wie derzeit. "Natürlich", so Müller-Gemmeke, "müssen die verschuldeten Länder Sparprogramme durchführen."

Allerdings müsse man auch zur Kenntnis nehmen, dass die Sparprogramme zum Beispiel in Griechenland inzwischen nicht mehr sozial verträglich seien und auch eine wirtschaftliche Belebung so nicht mehr zustande kommen könne. Hier entstehe nun echte Armut und vor allem Arbeitslosigkeit. Für Griechenland tut der Aufbau einer funktionierenden Steuerverwaltung not.